

## **Green Economy – oder was?**

Die Menschheit wirtschaftet, als ob die Erde keine Grenzen hätte. Wir befinden uns in einem Zeitalter, in dem mit Hilfe von Technik mehrfach so viel Masse auf der Erde bewegt wird wie durch geologische Kräfte. Diese Masse wird vor allem bewegt, um die Rohstoffe für Produkte und Dienstleistungs-Technik zugewinnen – auch für die Hamburger Wirtschaft und deren Kunden, also die Hamburger Wohnbevölkerung.

Klimawandel, Landnutzung, Meeresversauerung, Stickstoff- und Phosphoreinsatz in Düngemitteln, Wasserverbrauch, Umwelt- und Luftverschmutzung sowie das Artensterben sind die Schlüsselbereiche, in denen die Ausbeutung der Erde durch den Menschen zum Teil besorgniserregende Ausmaße angenommen hat: insbesondere beim Klimawandel (seit Beginn der Industrialisierung um 1750 nahm der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft um ca. 35 Prozent zu, der höchste Wert seit mindestens 800.000 Jahren), dem Artensterben (es wird bereits vom sechsten Massenaussterben gesprochen) und dem Stickstoffzyklus. Weltweit beansprucht das Vieh rund ein Drittel der Erdoberfläche in Form von Weideflächen und Anbauflächen für Futter.

Der Raubbau an der Natur in Form von Ressourcen-Abbau hat extreme Ausmaße angenommen. Im Durchschnitt enthält eine gekaufte Ware nur rund 5 Prozent der Materialien, die für die Herstellung und Lieferung benötigt werden.

Der ökologische Fußabdruck der Menschheit übersteigt die ökologische Kapazität um 50 Prozent. Treiber dieser Entwicklungen sind zum einen die Produktionslogiken der Wirtschaftsunternehmen als auch das Konsummuster in (nördlichen) Teilen der Welt.

Das alles betrifft selbstverständlich auch Hamburg.

Im Pariser Klimavertrag ist festgeschrieben, dass die Menschheit bis 2070 alle CO<sub>2</sub> Emissionen vollständig unterlassen muss, um die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen. Das bedeutet: in jeder einzelnen Stadt der Welt, also auch in Hamburg, muss das Energiesystem bis dahin vollständig dekarbonisiert sein. Die Dominanz fossiler Energienutzung muss bis dahin überwunden sein. Auch der Mobilitätssektor, die Gebäudeheizung und Kühlung müssen ohne CO<sub>2</sub> Emissionen auskommen. Das erfordert logischerweise fundamentale Änderungen, auch in unseren Wirtschaftsformen.

Green new deal (Böll-Stiftungen), Green Economy (Grüne), Nachhaltiges Wirtschaften (Forum Nachhaltig Wirtschaften), Gemeinwohl-Ökonomie (Christian Felber), Postwachstumsökonomie (Niko Paech) – das sind einige der Schlagworte, mit denen gegenwärtig von einer kleineren Schar von Experten, Wissenschaftlern, NGO-Vertretern und manchmal auch Politikern darüber nachgedacht wird, was unsere Lebensstile, unsere

Konsummuster und unsere Marktwirtschaft mit dem Klimawandel und seinen prognostizierten Folgen zu tun haben. Nicht zuletzt das Artensterben, die Überfischung der Weltmeere, ungelöste Müll-Probleme usw. lassen zunehmend Zweifel bei Verbrauchern und Politikern (Stichworte: Sarkozy-Kommission, Stern-Bericht usw.) darüber aufkommen, wie sinnvoll derzeitige Wirtschaftsformen sind.

Auch in Hamburg? Welches Gefühl haben Sie dazu?

Der Zukunftsrat hat sich immer wieder mit den eben genannten Aspekten befasst. Auf einige möchte ich eingehen. Meine Bestandsaufnahme ist so knapp wie in es in diesem Rahmen angebracht ist und bewusst geprägt von meiner subjektiven Brille einer NGO-Vertreterin. Ich bin da ganz offen parteiisch. Ins Zentrum meiner Überlegungen möchte ich dabei das Verhältnis von Politik zu den Bürgern und der Politik zu den Unternehmen stellen.

Wie sieht es also in Hamburg aus?

Egal ob global player oder kleiner Handwerksbetrieb: Für die Wirtschaft sind insbesondere die große Abhängigkeit vom Erdöl und insgesamt von immer knapper werdenden Ressourcen von besonderer Bedeutung. Deshalb hat sich der Zukunftsrat in Veranstaltungen auch mit den Themen Ressourcenverknappung beschäftigt sowie regenerativer Energieversorgung.

Als der Zukunftsrat sein zehnjähriges Jubiläum feierte, arbeitete ich noch als Wissenschaftlerin und hatte für meine Dissertation gerade Hamburger Akteure aus Politik und Verwaltung interviewt. Meine Diagnose lautete damals, dass die Idee der Nachhaltigkeit in Hamburg im politischen Kontext auf eine Wachstumsrhetorik trifft, die ihr nicht unbedingt zum Nachteil gereichen muss – nämlich immer dann, wenn über Nachhaltigkeit Wachstum generiert werden kann, durch Technologien z.B. – aber dass diese Rhetorik eben auch keine besonders gute Bedingung ist: Zielkonflikte, wenn sie überhaupt sichtbar gemacht werden, werden in der Regel einseitig aufgelöst. Wenn ich heute auf die Stadt Hamburg und ihr politisches Personal schaue, bin ich immer wieder platt, dass der Glaube an die Heilkraft des Wirtschaftswachstums immer noch weitestgehend ungebrochen ist.

Ich sehe ja ein: Für unsere Gesellschaft können wir mit Fug und Recht behaupten, dass uns das Wirtschaftswachstum Wohlstand gebracht hat.

Zugleich ist aber doch offenkundig, dass unsere Überflussgesellschaft überhaupt nicht mehr Wohlstand benötigt, sondern eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Das zeigt uns u.a. auch ein Konzept wie der regionale Wohlstandsindex zu dessen Berechnung wir uns in Hamburg eingesetzt haben; Und dass uns das höher schnell weiter und vor allem: „immer

mehr“ genau die Probleme beschert, über die zuletzt in Paris oder der Habitat-Konferenz gesprochen wurde.

An der Wachstumslogik zu rütteln ist aus meiner Sicht das stärkste Tabu, das derzeit in der Stadt zu konstatieren ist. In vielen Diskussionen ist mir immer wieder die starre Haltung eines Kaninchens vor der Schlange begegnet, wenn die böse „Systemfrage“ gestellt wird. Technologieentwicklung, Effizienzsteigerung, Abkopplung von Wachstum von Ressourcenverbrauch.... Das alles ist nicht falsch, aber doch anscheinend nur ein Teil der Antwort, wir waren bislang damit nicht durchschlagend erfolgreich. Weiter gehen Debatten in Hamburg, schon mal gar nicht im Rathaus nicht, stattdessen wabert dann das dumpfe Gefühl im Raum so von der Wachstumslogik abhängig zu sein, dass man einen Entzug nicht mal zu denken wagt. Aber wegducken gilt nicht: Wenn die Wachstumsfrage unbeantwortet bleibt, lassen sich keine Regelungen etablieren, die z.B. eine Vergeudung von Rohstoffen wie Kohle, Öl, Gas usw. begrenzen. Denn man hat ja überhaupt keine Rechtfertigung für das Thema Verschwendung, wenn das Wachstum durch immer mehr Konsum angetrieben werden soll.

Wir wissen, dass die Art und Weise, wie wir leben, uns langfristig in den Ruin treibt. Und mit uns meine ich: uns Hamburger, in einer Stadt, die im politischen Mehrebenensystem seinen Platz hat und selbstverständlich ein wichtiges Rad im Getriebe der nachhaltigen globalen Entwicklung ist.

Wir wissen, dass jeder Hamburger Bürger im Schnitt nur 2 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich emittieren dürfte, statt der etwa 10 t zurzeit. Die 2 Tonnen sind schon verbraucht, wenn ich ein Jahr lang mit einem Mittelklassewagen fahre. Wie soll das gehen?

Statt aber nun, Jochen hat es gesagt, die Bemühungen in dieser Richtung weiter zu forcieren wurden die Mittel für den Klimaschutz seit 2014 wesentlich reduziert und lustigerweise spielt der Konsument als CO<sub>2</sub> Emittierer in den Konzepten keine Rolle. Die Politik ist hier meiner Ansicht nach viel zu zaghaft angesichts der Wucht der Probleme, die auch im reichen Hamburg auf uns zukommen werden, wenn wir die Klimaschutzziele verfehlen.

Was das Verhalten und die Konsummuster jedes Hamburgers betrifft, hält sich Hamburger Politik auffällig zurück: da wird maximal dank Bildung für nachhaltige Entwicklung darauf gehofft, dass die jungen Leute das künftig bewerkstelligen werden, es wird auch niemandem verwehrt, etwa eine Hamburger Klimawoche zu veranstalten, in der der Zukunftsrat auch tapfer versucht hat, genau an diese jungen Leute das Wissen über die Frage: wo kommt eigentlich dein Smartphone her? zu vermitteln. Aber ansonsten begnügt man sich damit, punktuell Diskussionsangebote zu machen und an die Verantwortung der Verbraucher appellieren und den Rest der Kommunikation an die Bürger den NGOs zu überlassen.

Ehrlich gesagt, die Datenlage ist auch erschütternd schlecht: Hamburger Politiker wissen überhaupt nicht, was die Hamburgerinnen und Hamburger dazu denken. Und da das Thema bislang nicht zum Wahlkampfthema taugte hat auch niemand den Willen, daran etwas zu verändern.

Eine der wenigen Studien dazu stammt vom Zukunftsrat: unsere Konsumstudie von 2011 hat gezeigt, dass das Verantwortungsgefühl der Hamburger Bevölkerung gegenüber künftigen Generationen und gegenüber den sozialen Arbeitsbedingungen in den Herstellungsländern unserer Konsumgüter in den zehn Jahren davor abgenommen hat. Man war weniger beunruhigt über zukünftige Umweltbedingungen, sah eher die Vor- als die Nachteile des gesteigerten Konsums und vertraute darauf, dass Wissenschaft und Technik die Probleme lösen werden. Das entspricht voll und ganz der Rhetorik des Ersten Bürgermeisters. Wirtschaftswachstum wurde insgesamt als notwendige Bedingung für alles gesehen. (Zukunftsrat Hamburg 2011: 13). „Grünes Wachstum“ – diese Idee hat dazu sicher seinen Beitrag geleistet. Es ist die gleichsam diffuse und beruhigende Hoffnung, dass wir keine absoluten Grenzen zu definieren haben. Aber ist diese Hoffnung wirklich berechtigt? In einer Zeit, in der es z.B. smartphone-Anbietern erlaubt ist, damit zu werben, dass es jedes Jahr ein neues gibt? In der der Kraftstoffabsatz steigt und steigt? Ist es nicht opportun, zu widersprechen?

Ich denke: Wir müssen viel offensiver darüber reden, wie viele Jahre wir uns eigentlich einräumen, bis „der Verbraucher“ sein Konsumverhalten verändert hat, ob wir überhaupt so lange warten können und welche Handlungs- und Entscheidungsnotwendigkeiten für die Politik und Wirtschaft daraus entstehen. Zumal wir wissen: ein noch so hohes Umweltbewusstsein drückt sich eher selten in einem umweltbewussten Handeln aus. Darüber müssen wir nicht mehr diskutieren, das wissen wir bereits.

Meine Haltung dazu ist klar: wir können nicht warten. Wir müssen jetzt den politischen Willen aufbringen, uns mit der Stadtbevölkerung zusammen konsequent auf den Weg zu machen und darüber zu diskutieren, wo die Verantwortung des Einzelnen für eine globale Entwicklung anfängt und möglicherweise seine Entscheidungsfreiheit zum grenzenlosen Konsum aufhört. Und zwar so konkret wie möglich.

Michael Kopatz vom Wuppertal Institut, mit dem wir zusammen mit der Diakonie und dem BUND das Buch Nachhaltiges Hamburg herausgegeben haben, schlägt hierfür das Konzept der Öko-Routine vor. Strukturen, so argumentiert er, lassen sich einfacher verändern als Menschen. Seine Vision: Politik und Wirtschaft entwickeln Richtlinien und Standards, die es jedem Einzelnen ohne Nachdenken ermöglichen, seinen Alltag umweltverträglich zu gestalten. Als Bevormundung sieht er das nicht. Denn Umweltschutz bedeutet meist nicht Verzicht, sondern Umdenken. Mit diesem Konzept wird grüne Technologie nicht zu den

Akten gelegt, im Gegenteil. Effizienz, Suffizienz, alles Schlagworte, die hier auch auftauchen. Aber es tauchen eben auch klare Regelungen zur Lebensstiländerung auf, die aber nur auf den ersten Blick radikal erscheinen und trotzdem sehr wirkungsvoll und eigentlich auch gar nicht neu sind – die Ökodesignrichtlinie ist ein Beispiel für eine Regelung mit potenziell weitreichenden Effekten bei gleichzeitiger Einübung anderer Verhaltensweisen.

Er versucht neue Routinen zu schaffen. Das kommt einem nur auf den ersten Blick revolutionär vor. Beispiel Strom. Er sagt sinngemäß: Das Problem ist, das Strom als Kostenfaktor in der alltäglichen Lebensführung quasi keine Rolle spielt, weil das Thema nur einmal jährlich bei der Gesamtrechnung aufkommt. Das ist unsere Routine. Wäre es beim Benzin genauso und man würde monatlich eine Pauschale an eine Tankstelle zahlen, man würde wohl schnell den Überblick verlieren – und am Ende des Jahres kommt die Abrechnung. Und wenn man dann aber keine Nachzahlungen leisten kann, weil man gerade knapp bei Kasse ist – man würde kein Benzin mehr bekommen, undenkbar im Autoland Deutschland! Beim Strom läuft es de facto aber so: Jeden Tag kommt es deshalb bei knapp 900 Haushalten in Deutschland zu Stromsperrungen mit krassen Folgen. Die Lösung: Guthabenzähler beim Strom oder auch smart meter. Die sind bereits beschlossen einzuführen, Studien lassen erwarten, dass es zu einem bewussteren und sparsameren Umgang mit Strom führt.

Und da sagt er doch nicht zu Unrecht: sowas sollten wir häufiger einführen. Ökorumine heißt: besonders haltbare Produkte zum Standard zu machen. Heißt: Ökostrom zum Standard zu machen, das könnte man in einer Stadt wie Hamburg umsetzen. Vorrangschaltungen für Radfahrer, Schneeräumen zuerst auf Radwegen – das setzt Kopenhagen um. Kann Hamburg auch machen. Wirtschaftsförderung 4.0 – warum gibt es die bei uns nicht? Sie wurde vom WBGU schon 2011 angemahnt und zielt auf Gemeingüter, solidarische und kooperative Wirtschaftsformen, regionale Wertschöpfung, Reparaturnetzwerke. Anstatt dies mit einem Stirnkräuseln von der Handelskammer aus nur zu beobachten ist es an der Zeit, diese Initiativen, die es in Hamburg auch gibt, gezielt zu unterstützen und anzuregen.

Selbstabfüllung von Produkten zum Standard zu machen. Steuerliche Begünstigung von Dienstwagen – weg damit. Ökofaire Standards in der Textilproduktion Schritt für Schritt zum Standard zu machen. Bio- und Öko-Landwirtschaft zum Standard zu machen. Selbst wenn das Produkte erstmal teurer macht – der Warenkorb des Statistischen Bundesamtes, an dem sich die Sozialleistungen orientieren, kann bei einkommensschwachen Familien einen Ausgleich bewirken.

Wie ist es mit der Entscheidungsfreiheit über Flächenkonsum? Wir wissen um die Rebound-Effekte: Noch so effiziente Heizungen und Isolierungen können den rein kulturell begründeten Bedarf an immer größeren Wohnungen und damit dann doch wieder

steigenden CO2 Emissionen nicht aufwiegen. Verstehen Sie mich richtig: ich möchte niemandem seine Wohnung wegnehmen. Aber die Frage wird erlaubt sein, ob alles erlaubt ist solange man das Geld hat, es zu bezahlen? Dies ist nur ein Beispiel für viele denkbare, bei denen der nicht nachhaltige Lebensstil dem entgegensteht, von dem wir alle wissen, dass wir es tun sollten: ihn grundlegend verändern.

Grundlegend verändert werden sollte aus meiner Sicht auch das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft. Ich gehe noch einen Schritt weiter und stelle die These in den Raum, dass sich dieses Verhältnis schon längst geändert hat, die Politik hat das nur entweder noch nicht mitgekriegt oder weiß nicht, wie sie damit umgehen soll.

Ich will das wie folgt plakativ machen:

Die UN und die Unternehmensberatung Accenture haben 2013 eine Umfrage unter 1000 Konzernchefs aus 100 Ländern gemacht und kommen zum diesem Ergebnis:

83% of CEOs see an increase in efforts by governments and policymakers to provide an enabling environment for the private sector as integral to advancing sustainability. Carlos Fadigas, CEO of Braskem, told us, "Business has always had to comply with rules, so if the rules change in the right direction, business will change. But in society as a whole we haven't made this decision, so we are far away from doing as much as we could—or as much as we should."

Specifically, 85% of CEOs surveyed demand clearer policy and market signals to support green growth and, in the context of the discussions on the United Nations post-2015 development agenda, 81% of executives emphasized the need for governments to set a policy framework for economic development within the planetary boundaries of environmental and resource constraints.

Das ist etwas, was einem in der Handelsstadt Hamburg niemand glauben will und deshalb fasse ich es nochmal zusammen: Acht von 10 Unternehmens- und Konzernchefs wünschen sich radikalere Vorgaben von der Politik, um beim Thema Nachhaltigkeit stärker voranzukommen. Und was machen wir in Hamburg?

In Hamburg gibt es die Umweltpartnerschaft von denen viele Beteiligten hinter vorgehaltener Hand längst davon reden, dass es eine Nachhaltigkeitspartnerschaft sein sollte, denn Umweltaspekte zu betrachten reicht allein nicht aus. Kreislaufwirtschaft ist das Gebot der Stunde und einzelne Unternehmen haben sich bereits auf den Weg gemacht – da konnte sich die Senatskanzlei nicht wehren. Ich will nicht missverstanden werden: die Umweltpartnerschaft ist eine gute Initiative, um sich warm zu machen. Es ist jetzt aber an der Zeit, endlich das Tempo zu erhöhen.

Die eben zitierte Umfrage der UN kann man sicher nicht eins zu eins auf die Unternehmen in Hamburg einfach so übertragen, und niemand behauptet, dass es ein konfliktfreier Prozess ist, Regeln zu setzen. Aber ehrlich gesagt: der läuft doch bei jeder Parlamentssitzung ab. Das ist der Job von Politikern, dafür sind sie da. Lassen Sie uns doch nicht weiter so tun, als könnten vermeintliche Konflikte ein Argument gegen allgemeinverbindliche Regeln sein.

Der Zukunftsrat ist nach wie vor offen und bereit, mitzuhelfen. Ich jedenfalls hätte Lust, die vielen konstruktiven und konkreten Anregungen, aus der Ökoroutine oder auch dem von uns mit herausgegebenen Buch zukunftsfähiges Hamburg auf Machbarkeit zu überprüfen und ein Programm für eine nachhaltige Stadt Hamburg zu entwickeln.

**Vielen Dank.**

Aber wie Kopatz es ausdrückt: Uns fehlt die Ökoroutine, mit der wir tun können, was wir für richtig halten. Und die ist so definiert: Hergestellt wird sie ganz wesentlich über Regelungen und Gesetze.

Was schon eher gesehen wird, ist die Verantwortung der Unternehmen: Unternehmen der Konsumgüterindustrie, von denen es in Hamburg einige gibt, Wohnungsbauunternehmen, Händler, start-ups, Handwerksbetriebe. Ihnen allen steht es frei, sich über Anreizsysteme wie z.B. Wettbewerbe anregen zu lassen, etwas zu tun, oder etwa in der Umweltpartnerschaft.

Die Umweltpartnerschaft richtet sich an Hamburger Unternehmen und will freiwilligen Umweltschutz im Sinne der Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie initiieren. Dazu bietet sie Informations-, Beratungs- und Förderangebote.

Teilprojekte: Energielosten, Unternehmen für Ressourcenschutz, ZEWU-Mobil der Handwerkskammer

Als Bündnis des Senats mit der Hamburger Wirtschaft verfolgt die Umweltpartnerschaft Hamburg seit März 2003 das Ziel, nachhaltiges und ressourceneffizientes Wirtschaften zu fördern. Träger sind die Handelskammer, die Handwerkskammer, der Industrieverband Hamburg, der Unternehmensverband Hafen Hamburg und der Hamburger Senat. Die Umweltpartnerschaft richtet sich an alle Betriebe in Hamburg. Sie ebnet den Unternehmen den Weg zu Effizienzsteigerung und Kostenersparnis, indem sie zahlreiche Programme und Dienstleistungen rund um Ressourceneffizienz und systematischen Umweltschutz anbietet

Strukturell angesiedelt ist die Partnerschaft an der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Referat Umwelt und Wirtschaft.

Stand: Mehr als 3.000 Hamburger Betrieben nutzten bislang das Angebot als freiwillige Selbstverpflichtung und Auditierung durch Experten der BSU und der Wirtschaftsbehörde. 880 Betriebe sind Hamburgs Umweltpartner (Stand August 2012)

Forderungen:

- Aufnahme des Themas in der Wirtschaftsbehörde ==> HAMBURG
- Systematische Berücksichtigung von Umwelt- und Ressourcenthemen
- „Mainstreaming“ nachhaltigen Wirtschaftens auch durch institutionelle Aufwertung
- Überarbeitung der Kriterien der Umweltpartnerschaft: Regelmäßiger Check und Ausbau Richtung Ressourceneffizienz

Es gab sogar auch mal ein Eckpunktepapier Nachhaltigkeit der Handelskammer Hamburg. Die ist übrigens jetzt in der Umweltpartnerschaft „aufgegangen“.

Diese Entwicklung wird auch noch aus einer anderen Richtung befeuert werden, nämlich durch die Industrie 4.0. Robotik, Sensorik, Big Data und Künstliche Intelligenz sind die Schlagworte. Damit ist eine Industrie gemeint, in der die Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik dermaßen eng verzahnt ist, dass die Wertschöpfungsketten insgesamt durchoptimiert sind im Hinblick auf Effizienz und Produktivität und das heißt auch: Ersatz des Menschen durch Roboter, höherer Stellenwert höher Qualifizierter zu Lasten von Menschen mit Berufsabschluss oder ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Die Nachfrage nach Tätigkeitsprofilen mit einem hohen Routineanteil geht zurück, Maschinen oder Anlagen steuernde Berufe natürlich auch. Ich beziehe mich hier auf eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit (2015).

Stellt sich die Frage, was wir mit den Menschen machen, die in dieser Kette vorher gearbeitet haben, denn künftig wird vor allem bei Dienstleistern für sie Platz sein. Die Studie des HWWI im Auftrag der Handelskammer Hamburg aus dem letzten Jahr geht darauf nicht ein.

Kopatz:

„Mehr und mehr drängt sich der Eindruck auf, dass uns das Schwere erst noch bevor steht. Es ist wie bei einer Diät. Die ersten Kilos fallen schnell, aber dann wird es immer schwerer, und zudem droht der Jo-Jo-Effekt. Viele Unternehmen haben längst in effizientere Technologien investiert, um Energie und Kosten zu sparen. Einfach verglaste Fenster gibt es kaum noch, viele Dächer sind bereits isoliert und Millionen Energiesparlampen montiert. Doch die niedrig hängenden Früchte zu ernten genügt nicht. Um den Ressourcenverbrauch



zu verringern und die globale Erwärmung zu begrenzen ist es mit einer Diät nicht getan. Notwendig ist eine dauerhafte Ernährungsumstellung.“ (21)

Für ein Programm einer zukunftsfähigen Wirtschaft in Hamburg

Wirtschaftliches Handeln ist soziales Handeln. Wirtschaften ist kein Selbstzweck. Vielmehr wird wirtschaftliches Handeln mit dem Ziel betrieben, Menschen mit Arbeitsplätzen, Ausbildung und Gütern zu versorgen.

„Der WBGU geht in seinem normativen Kompass von einem erweiterten Verständnis von Lebensqualität und Wohlstand aus. Demnach reicht es nicht aus, den kurzfristig erreichbaren materiell-ökonomischen Wohlstand, der durch Faktoren wie Wachstum, Beschäftigung und Infrastrukturentwicklung beschrieben wird, von Naturverbrauch und Umweltzerstörung zu entkoppeln. (...) Vielmehr sollten Lebensqualität, und die Definition von Wohlstand zumindest partiell auch vom wirtschaftlichen Wachstum und monetärem Wohlstand entkoppelt werden. Ansatzpunkt ist eine ... Definition ..., die über materiell-ökonomische „objektive“ Faktoren hinaus auch subjektive Faktoren wie z.B. Selbstwirksamkeit, Identität, Solidarität, Zugehörigkeitsgefühle, Vertrauen und soziale Netzwerke einbezieht, die zugleich das soziale Kapital einer Gesellschaft ausmachen.“ (17, 2016)

Auch die Globalisierung ändert nichts an der Tatsache, dass Wirtschaft lokal bzw. regional verortet ist. Sie ist eingebettet in Stadtentwicklungsstrategien, die ein Bild von einer wünschbaren Zukunft zeichnen. Dies wird üblicherweise in Leitbildern oder visionären Entwürfen gezeichnet, die notwendigerweise idealtypischen Charakter haben.

Hier wird vorgeschlagen, über eine regenerative 0-Emissions-Stadt zu sprechen. Anstatt einer Petropolis (Abb. 1), für die alle Waren, Ressourcen und Dienstleistungen über lange Ketten in die Stadt geschafft werden müssen, in der alle Wirtschaft auf der Verbrennung fossiler Brennstoffe beruht und die Kosten hierfür in andere Teile der Welt externalisiert werden, geht es bei einer Stadt mit Zukunft um die eopolis (Abb. 2): Hier sind Wirtschaftskreisläufe geschlossen, die Trennung von Arbeit und Wohnen ist aufgelöst, mit erneuerbare Energien werden Ressourcen geschont und kleinteiligere, dezentrale Strukturen ermöglichen einen Mix verschiedener Lebens- und Wirtschaftsformen.

Praktischerweise sind die Ideen dazu u.a. in Hamburg entwickelt worden, nämlich u.a. von Jörg Knieling an der HCU.